Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 16. Dezember 2024*

Kommende polnische Ratspräsidentschaft veröffentlicht ihr Programm

Am Dienstag, den 10. Dezember, stellten Vertreter der polnischen Regierung die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2025 sowie ihr Logo - die polnische Flagge in Verbindung mit den Buchstaben EU - und ihr Motto vor. "Sicherheit, Europa! Dies ist unser Motto, das die aktuellen Herausforderungen unseres Kontinents widerspiegelt", sagte Adam Szłapkam, Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union. Die offizielle Website wurde zusammen mit der Veröffentlichung des polnischen Programms und der Prioritäten ins Leben gerufen. Wie das Motto schon sagt, wird das zentrale Thema der polnischen Ratspräsidentschaft die Sicherheit sein, und zwar in all ihren Dimensionen: Außen, Innen, Information, Wirtschaft, Energie, Ernährung und Gesundheit. In einem detaillierten Programm heißt es, dass Polen im Bereich der Steuern Maßnahmen ergreifen wird, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu unterstützen, indem es den schädlichen Steuerwettbewerb bekämpft. Insbesondere wird der Ratsvorsitz die Arbeit an der neunten Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (DAC9) fortsetzen. "Es werden Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass die DAC9-Richtlinie vollständig mit dem OECD-Standard übereinstimmt, was dazu beiträgt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu erhalten", heißt es. Der polnische Ratsvorsitz beabsichtigt außerdem, die Bemühungen zur Schließung der Mehrwertsteuerlücke fortzusetzen und die Mehrwertsteuer im Bereich des elektronischen Handels weiter zu verschärfen, um insbesondere Unregelmäßigkeiten beim Fernabsatz von Importwaren über elektronische Schnittstellen zu bekämpfen. Darüber hinaus schließt es nicht aus, an einem möglichen Legislativvorschlag über die Struktur der Besteuerung und die Verbrauchsteuersätze für Tabakwaren und Ersatzprodukte zu arbeiten, sollte die Kommission einen solchen vorlegen, und verpflichtet sich, weiter an der Überarbeitung der Richtlinie über die Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom zu arbeiten. Polen wird zusammen mit Dänemark und Zypern das sogenannte Trio der Präsidentschaften bilden, dessen gemeinsames Programm ebenfalls vorgestellt wurde.

EU-Finanzminister erzielen Einigung über Richtlinie, die den Weg für die Einführung einer elektronischen Mehrwertsteuerbefreiungsbescheinigung ebnet

Die EU-Finanzminister erzielten bei ihrem Treffen am Dienstag, den 10. Dezember, eine politische Einigung über die Richtlinie, die den Weg für die Einführung einer elektronischen Steuerbescheinigung für Mehrwertsteuerbefreiungen ebnet, und die entsprechende Durchführungsverordnung. Die Richtlinie sieht vor, dass eine elektronische Bescheinigung die bisherige Papierbescheinigung ersetzt, die verwendet wird, wenn Waren von der Mehrwertsteuer befreit, werden sollen, beispielsweise weil sie für Botschaften, internationale Organisationen oder Streitkräfte eingeführt werden. Die Mitgliedstaaten haben eine Reihe von

Änderungen am ursprünglichen Vorschlag der Kommission vorgenommen. Insbesondere beschlossen sie, den Anwendungsbereich der obligatorischen Verwendung der elektronischen Mehrwertsteuerbefreiungsbescheinigung auf Fälle zu beschränken, in denen zwei Mitgliedstaaten beteiligt sind und die Befreiung nicht im Wege der Erstattung gewährt wird. Das genaue elektronische Format, einschließlich der erforderlichen IT-Spezifikationen, wird in Expertengruppen erörtert und in Durchführungsrechtsakten der Kommission festgelegt. Der Rat hat eine Reihe von Elementen hinzugefügt, die bei der Gestaltung des Formats zu berücksichtigen sind. Außerdem verkürzte der Rat den Übergangszeitraum, in dem die Mitgliedstaaten sowohl die elektronische als auch die Papierversion verwenden können, von ursprünglich vier Jahren (2026-2030) auf nur ein Jahr (2031-2032). Die Verschiebung des Starttermins auf 2031 soll den Steuerbehörden helfen, die notwendigen IT-Entwicklungen zeitlich zu strecken, die mit den erheblichen Investitionen zusammenfallen werden, die für die Umsetzung des ViDA-Pakets erforderlich sind, so der Rat. Die Vereinbarung wird nun einer technischen und sprachlichen Prüfung unterzogen, bevor sie dem Rat Anfang nächsten Jahres zur offiziellen Annahme vorgelegt wird. Der Text wird dann im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt in Kraft.

Formelle Annahme der Richtlinie über die schnellere und sicherere Entlastung von Quellensteuern (FASTER) durch den ECOFIN-Rat

Am Dienstag, den 10. Dezember, nahm der ECOFIN-Rat die Richtlinie über die schnellere und sicherere Entlastung von Quellensteuerüberschüssen (FASTER) förmlich an, nachdem das Europäische Parlament am 14. November seine Stellungnahme erneut abgegeben hatte. Die Richtlinie ermöglicht den Mitgliedstaaten zwei Schnellverfahren, die das bestehende Standard-Erstattungsverfahren für Quellensteuern ergänzen, und führt eine standardisierte Meldepflicht für Finanzintermediäre wie Banken oder Anlageplattformen ein. Mit der Richtlinie wird auch ein gemeinsames digitales EU-Steuerdomizilzertifikat (eTRC) eingeführt, das steuerpflichtige Anleger verwenden können, um von den Schnellverfahren zur Befreiung von der Quellensteuer zu profitieren. Die Mitgliedstaaten werden ein automatisiertes Verfahren für die Ausstellung digitaler Wohnsitzbescheinigungen (eTRC) für natürliche oder juristische Personen einführen, die für Steuerzwecke als in ihrem Land ansässig gelten. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie bis zum 31. Dezember 2028 in nationales Recht umsetzen, und die nationalen Vorschriften müssen ab dem 1. Januar 2030 gelten. Der Text wird nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt in Kraft.

Weitere Arbeiten im Zusammenhang mit der Neufassung der Energiesteuerrichtlinie (ETD) sind erforderlich

Trotz früherer Hoffnungen auf eine Einigung während der Dezember-Tagung des ECOFIN-Rates beschloss der ungarische Ratsvorsitz schließlich, die Finanzminister nur zu fragen, ob sie die Ansicht teilen, dass die Verhandlungen über die Energiesteuerrichtlinie (ETD) in die richtige Richtung gehen, als sie am Dienstag, den 10. Dezember in Brüssel zusammenkamen. Da diese Frage eine wichtige Rolle bei der Blockierung des Fortschritts des gesamten Vorschlags gespielt hat, schlug die Präsidentschaft vor, den Text der derzeit geltenden Energiesteuerrichtlinie für den Luft- und Seeverkehr beizubehalten und eine Überprüfungsklausel für das Jahr 2035 hinzuzufügen, um das Problem zu lösen. Die öffentliche Debatte bestätigte, dass die Diskussionen im Allgemeinen in die richtige Richtung gehen, um ein Gleichgewicht zwischen den Klimaambitionen und den Besonderheiten der Mitgliedstaaten sowie der Wettbewerbsfähigkeit der EU herzustellen. Der vorliegende Kompromissvorschlag wurde von der Mehrheit der Mitgliedstaaten als echte Verbesserung im Vergleich zur derzeit geltenden Energiesteuerrichtlinie angesehen. Einige Länder möchten jedoch, dass das Dossier einen stärkeren Umweltanspruch hat und lehnen die derzeitige

Ausnahmeregelung für den Luft- und Seeverkehr ab, während andere auf die Bedeutung der spezifischen wirtschaftlichen, geopolitischen, geografischen und sozialen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten hinweisen, insbesondere für die empfindlichsten Sektoren. Während des Treffens wurden keine weiteren Schlussfolgerungen erzielt, und die Arbeit an der Neufassung der Energiesteuerrichtlinie wird unter der polnischen Präsidentschaft fortgesetzt. Der neue EU-Steuerkommissar Wopke Hoekstra ergriff das Wort und bedauerte, dass der aktuelle Kompromiss die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen für den Luft- und Seeverkehr verwässert, und erinnerte daran, dass die EU für alle Sektoren ernsthafte Verpflichtungen zur Emissionssenkung hat.

16 EU-Mitgliedstaaten sprechen sich in einem Brief für die Modernisierung der Tabakbesteuerung in der EU aus

In einem am Montag, den 9. Dezember, veröffentlichten Schreiben forderten die Finanzministerien von 16 EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Kroatien, Lettland, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Niederlande) die Europäische Kommission auf, die EU-Tabaksteuergesetzgebung zu modernisieren. Sie betonten, dass eine Überarbeitung als eine der Hauptprioritäten ihrer nächsten Amtszeit behandelt werden sollte, und forderten, dass diese bis spätestens zum Frühjahr 2025 vorgelegt wird. Die 16 Mitgliedstaaten betonten, dass sich der europäische Tabakmarkt seit der letzten Aktualisierung der Tabaksteuerrichtlinie im Jahr 2011 erheblich weiterentwickelt hat. "Es sind neue Produkte aufgetaucht, die mit den traditionellen Tabakerzeugnissen konkurrieren und mit ihnen vergleichbar sind, insbesondere in Bezug auf den Konsum und die Gesundheitsrisiken", erklärten sie. Nach der geltenden Richtlinie können viele dieser Produkte nicht auf die gleiche Weise besteuert werden wie herkömmliche Tabakerzeugnisse, da die Bestimmungen der Richtlinie unzureichend oder zu eng gefasst sind, um die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die Verwaltungen der Mitgliedstaaten angesichts des sich ständig ändernden Angebots der Tabakindustrie konfrontiert sind", erklärten sie weiter. "Es ist ein entschlossenes und rasches Handeln erforderlich, um die Tabaksteuerrichtlinie und die entsprechenden Abschnitte der horizontalen Verbrauchsteuerrichtlinie (2020/262) zu modernisieren, um das ordnungsgemäße Funktionieren unseres Binnenmarktes zu gewährleisten und gleichzeitig die gesundheitsschädlichen Auswirkungen sowohl der herkömmlichen Tabakerzeugnisse als auch der nicht herkömmlichen Tabakalternativen zu bekämpfen", so die Abgeordneten. Die Überarbeitung der Richtlinie wird seit Jahren diskutiert. Ursprünglich war eine Initiative für das Jahr 2022 angekündigt, aber nie vorgelegt worden.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des EU-Parlaments veröffentlicht Bericht zu DAC9

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments hat am Donnerstag, den 12. Dezember, seinen Berichtsentwurf zur vorgeschlagenen neunten Änderung der Richtlinie 2011/16/EU zur Vereinfachung des Informationsaustauschs und zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Steuersachen (DAC9) veröffentlicht und den EU-Rat aufgefordert, den Vorschlag vor Ablauf der Meldefrist am 30. Juni 2026 anzunehmen. Der Vorschlag zielt darauf ab, das Meldeverfahren zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand für multinationale Unternehmen im Hinblick auf ihre Meldepflichten im Rahmen der zweiten Säule der Richtlinie zu verringern. Zu diesem Zweck wird ein System für den Informationsaustausch zwischen den Behörden eingerichtet und ein Standardformular eingeführt, das mit dem vom OECD/G20 Inclusive Framework entwickelten Formular übereinstimmt, das multinationale Unternehmen und große inländische Konzerne (LSDGs) für die Meldung bestimmter steuerbezogener Informationen verwenden müssen. Diese beiden Elemente sind gemäß Artikel 44 der Richtlinie über die zweite Säule Voraussetzung für die Anwendung der vereinfachten Vorschriften für die Meldepflichten, die eine zentrale Einreichung durch ein benanntes Unternehmen im Namen der gesamten Gruppe im Gegensatz zu individuellen Einreichungen durch jedes einzelne Unternehmen ermöglichen. "Eine rasche Verabschiedung dieses Vorschlags durch den Rat ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die vereinfachten Vorschriften für die Meldepflichten rechtzeitig für die erste Meldung gelten, die bis zum 30. Juni 2026 erfolgen soll. Es wird erwartet, dass die Richtlinie eine erhebliche Verringerung des Verwaltungsaufwands mit sich bringt, da die zentrale Einreichung nur etwa 4.000 Unternehmen betreffen wird, im Gegensatz zu etwa 180.000, die ohne die Richtlinie eine individuelle Einreichung vornehmen müssten. DAC9 ist auch ein Instrument, um eine reibungslosere Umsetzung der zweiten Säule zu gewährleisten, aber es wird Zeit brauchen, um umgesetzt zu werden. Weitere Verzögerungen würden nicht dazu beitragen, die zweite Säule rechtzeitig zu erreichen", erklärte die Berichterstatterin, die Europaabgeordnete Aurore Lalucq (S&D, Frankreich) in dem Bericht. Angesichts der Dringlichkeit der Verabschiedung des Vorschlags hat das EP beschlossen, das vereinfachte Verfahren anzuwenden und den Vorschlag ohne Änderungen zu billigen. Der Text soll am 11. Februar 2025 im Plenum angenommen werden.

Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) des EU-Parlaments veröffentlicht Agenda für Anhörungen im Januar

Der FISC-Unterausschuss des Europäischen Parlaments hat seinen Zeitplan für die Anhörungen Anfang 2025 veröffentlicht. Am 13. Januar 2025, von 15:00 bis 16:15 Uhr, wird der FISC-Unterausschuss eine öffentliche Anhörung über die Besteuerung von sehr vermögenden Privatpersonen durchführen. Zu den Rednern gehören Gabriel Zucman (Direktor der Europäischen Steuerbeobachtungsstelle), Sean Bray (Direktor für Europapolitik bei der Tax Foundation) und Sarah Perret (Referatsleiterin bei der OECD). Die Anhörung wird sich mit den Sorgen der Öffentlichkeit über Fairness und die Notwendigkeit einer Steuerpolitik befassen, die ein gerechtes Wirtschaftswachstum fördert. Die Redner werden die wichtigsten Methoden untersuchen, die von sehr vermögenden Personen zur Minimierung ihrer Steuerschuld eingesetzt werden, darunter die Ausnutzung von Schlupflöchern, Offshore-Strukturen und aggressive Steuerplanungsstrategien. In der Diskussion wird auch die Rolle von Transparenzmaßnahmen wie öffentlichen Registern und globalen Berichtsstandards bewertet und es werden Instrumente und Ressourcen für die Steuerbehörden vorgeschlagen, um die Durchsetzung der Steuerpflicht zu verbessern. Darüber hinaus werden Strategien zur

Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erörtert, um Lücken im globalen Steuersystem zu schließen, die Steuervermeidung und finanzielle Intransparenz ermöglichen. Am selben Tag findet von 16:15 bis 17:30 Uhr eine zweite öffentliche Anhörung zu den Auswirkungen der Besteuerung auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Europäischen Union statt. Die Anhörung wird sich mit der Frage befassen, wie sich steuerliche Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken, entweder in positiver oder negativer Weise. Es wird untersucht, welche steuerpolitischen Maßnahmen derzeit als Hindernisse für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter angesehen werden können und wie diese Hindernisse beseitigt werden können. Darüber hinaus werden bei der Anhörung steuerliche Maßnahmen untersucht, die als vorbildliche Verfahren dienen können oder die zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Betracht kommen. Schließlich wird untersucht, ob die Steuerpolitik auf EU-Ebene dazu beitragen kann, dieses Ziel zu erreichen.

Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 19. Dezember

Die Staats- und Regierungschefs der EU kommen am Donnerstag, den 19. Dezember, in Brüssel zusammen, um über die Ukraine, die EU in der Welt, den Nahen Osten, Resilienz und Bereitschaft, Migration und außenpolitische Fragen zu diskutieren. In Anwesenheit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyy werden die Staats- und Regierungschefs der EU den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in all seinen Dimensionen, einschließlich der jüngsten Entwicklungen vor Ort, sowie die weitere umfassende Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung erörtern. Was die militärische Unterstützung betrifft, so werden die Staats- und Regierungschefs die Fortschritte bei der Lieferung von Luftabwehrsystemen, Munition und Raketen sowie die Bereitstellung der erforderlichen Ausbildung und Ausrüstung für ukrainische Soldaten prüfen. Um der Ukraine bei der Vorbereitung auf den Winter und darüber hinaus zu helfen, werden die Staats- und Regierungschefs erörtern, wie der ukrainische Energiesektor und andere zivile Infrastrukturen gestärkt werden können, die Russland bewusst und zunehmend ins Visier genommen hat. Die Staats- und Regierungschefs der EU werden auch die sich rasch entwickelnde Lage im Nahen Osten erörtern, einschließlich der Frage, wie die EU am besten zu den Deeskalationsbemühungen, dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Libanon und den jüngsten Entwicklungen in Syrien beitragen kann. Darüber hinaus werden die Staats- und Regierungschefs der EU eine strategische Diskussion darüber führen, wie die EU ihre Rolle auf der internationalen Bühne festigen, ihre Interessen verteidigen und ihre Positionen fördern kann. Die Diskussion sollte sich auf das weitere Vorgehen in einem multipolaren Umfeld und auf die Frage konzentrieren, wie für beide Seiten vorteilhafte strategische Beziehungen gewährleistet werden können. In diesem Zusammenhang werden die Staats- und Regierungschefs folgende Fragen erörtern - wie ein breiteres und tieferes Netz von Partnern auf globaler Ebene gefördert werden kann; - Beziehungen zwischen der EU und den USA; - Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien. In einem weiteren Tagesordnungspunkt werden die Staats- und Regierungschefs auf der Grundlage des von Sauli Niinistö für die Europäische Kommission erstellten Berichts erörtern, wie die Widerstandsfähigkeit, Bereitschaft, Krisenprävention und Reaktionsfähigkeit der EU gestärkt werden können. Sie werden insbesondere die Auswirkungen der sich verändernden Bedrohungslage und der zunehmenden Zahl von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels erörtern. Schließlich werden die Staats- und Regierungschefs der EU eine Bestandsaufnahme der Fortschritte bei der Umsetzung früherer Schlussfolgerungen zur Migration vornehmen.

Die nächste Ausgabe der ETAF Tax-News erscheint am 6. Januar 2025. Das ETAF-Team wünscht Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)